



BESCHLUSSBUCH

Unterbezirksparteitag

SPD Mülheim

08. Februar 2020

Beschlussübersicht

	Beschluss	Antragsteller
B1	„Cradle to Cradle“ – Gestalte Deinen positiven Fußabdruck!	UBV
B2	Transparenz und gute Zusammenarbeit	Ortsvereine Broich, Holthausen-Menden-Raadt und Speldorf
B3	Klima in Notlage – Aktionsplan Klimagerechtigkeit statt Notstandsgesetz!	UBV
B4	Bollwerk gegen Rechts – Unvereinbarkeitsbeschluss zu AfD/BAMH und anderen Völkischen	UBV
B5	Fortführung des Flughafens Essen/ Mülheim	Ortsverein Holthausen-Menden-Raadt
B6	Delegiertenschlüssel zum Unterbezirksparteitag: Delegierte für die AfA	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer*innenfragen

Beschluss B1

Antrag: „Cradle to Cradle“ – Gestalte Deinen positiven Fußabdruck!

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Wir möchten, dass wir Menschen als kreative Wesen unsere Fähigkeiten nutzen, positiv die Welt und unsere Stadt zu gestalten. Dass dies möglich ist, zeigt die Praxis: Fabriken, aus denen das Wasser sauberer herausfließt, als es hineingeflossen ist; Häuser, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen; landwirtschaftliche Betriebe, die karge Wüstenböden fruchtbar machen; Produkte, die mit gesunden Materialien für Kreisläufe gestaltet werden. Das ist die Philosophie von „Cradle to Cradle“ (C2C); frei übersetzt: „Von der Wiege zur Wiege“. Lasst uns den positiven Fußabdruck gestalten!

Unsere heute überwiegend vorherrschende Wirtschaftsweise sieht leider anders aus: Materialien werden der Erde entnommen und in Produkten mit minderwertigem Design verbaut. Am Ende landen sie nutzlos auf Deponien oder gar in Müllverbrennungsanlagen und werden so dauerhaft der Nutzung entzogen. Damit schaden wir der Natur und unserer Gesundheit!

Dem entgegen wir mit der Philosophie von „Cradle to Cradle“. Sie basiert auf drei Grundgedanken:

1. Abfall ist Nahrung – Ressourcen werden in Kreisläufen geführt. Dabei kann zwischen technischen und biologischen Kreisläufen unterschieden werden sowie zwischen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter: Verbrauchsgüter sind einer Abnutzung ausgesetzt und sollten daher für biologische Kreisläufe gestaltet sein. Ein biologisch abbaubarer Kunststoff als Ausgangsmaterial für z. B. die Schuhsohle stellt keinerlei Problem für die Umwelt dar. Gebrauchsgüter sind keiner Abnutzung ausgesetzt und können kontinuierlich in technischen Kreisläufen zirkulieren, sodass eine Rückführung gelingt.

2. Nutzung erneuerbarer Energien – Die Nutzung erneuerbarer Energien entspricht ebenfalls dem Kreislaufgedanken. Es stehen lokal verschiedenste Quellen – Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme etc. – zur Verfügung.

3. Unterstützung von Diversität – Ökosysteme beruhen auf der Vielfalt ihrer Bestandteile und deren Synergien. Vergleichbare positive Effekte sollen durch C2C-Prinzipien erzielt werden, indem kreative und soziale Vielfalt gefördert wird.

Um es auf den Punkt zu bringen: Während der Ansatz von „Nachhaltigkeit“ primär auf die Vermeidung von Abfällen setzt, geht die „Cradle to Cradle“-Philosophie weiter und schafft Müll einfach ab. Ressourcen sollen nicht verfallen, sondern vollwertig im Kreislauf verbleiben.

Innovation und Flächenentwicklung – Umweltschutz ist Wirtschaftsförderung

Um Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand der Stadt zu sichern, benötigen wir innovative Unternehmen. Diese wiederum benötigen entsprechende Gewerbeflächen. Insofern muss es unser Ziel sein, bestehende Gewerbegebiete weiterzuentwickeln und neue Flächen innovativ zu denken. Dafür haben wir jedoch klare Kriterien.

Natur-, Landschaftsschutz-, Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete und -schneisen sind für die Mülheimer SPD heilig! Es ist dem Einsatz von Sozialdemokrat*innen zu verdanken, dass die Mülheimer Natur so großen Schutz genießt! Wir werden diese Flächen nicht für Kapitalinteressen opfern!

Die Innenraumentwicklung hat für uns Vorrang. Innenraumentwicklung meint, auf die freien Flächen zurückzugreifen, die es in bebautem Gelände ohnehin schon gibt. So sparen wir beim Verbrauch von Flächen und vermeiden zusätzlichen Verkehr. Vor allem hinsichtlich der technischen Infrastruktur ist die Innenraumentwicklung kostengünstiger. Wir werden uns intensiv um Brachflächen kümmern, die Unternehmen tragen Verantwortung für das Leben in der Kommune und müssen diese Flächen gemeinsam mit uns neu denken! Die im Zusammenhang mit der Industriegeschichte in Mülheim entstandenen Brachen, insbesondere Altstandorte der Industrie und ehemalige Bahnflächen, sollen saniert und wiedergenutzt werden, um Freiflächen zu schonen. Das sogenannte „Flächenrecycling“ gehört zu diesem Konzept: Bisher nur unzureichend genutzte Flächen lassen sich aufwerten, so dass wir dort produktiver, ökologischer und ggf. mit mehr Menschen arbeiten und leben können. Das ist unser innovativer Ansatz!

Wir wollen Ackerflächen ökologisch aufwerten! Landwirtschaftsflächen mit Monokulturen und einem hohen Einsatz von bodenbelastenden Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln schaden uns ebenso wie eine zunehmende Bodenversiegelung. An dieser Stelle sagen wir deutlich, dass solche Flächen nach der Philosophie von „Cradle to Cradle“ effektiver und ökologischer bewirtschaftet werden können – auch mit innovativem, „grünem“ Gewerbe. Begrünung von Dächern und Fassaden können ein Gebiet artenreicher gestalten als die zuvor genutzte Ackerfläche. Dies dient wahrlich dem Natur- und Landschaftsschutz!

Eine neue Gründerzeit – Impulse „von der Wiege zur Wiege“

Wir haben klare Kriterien für Unternehmen, die wir für die Weiter- und Neuentwicklung von Gewerbegebieten gewinnen wollen: Wir möchten innovationsfreudige und klimabewusste Unternehmen gewinnen; großklotzige Logistikzentren bieten kein Potential für die Zukunft Mülheims. Die Idee von „Cradle to Cradle“ ist unser Leitbild.

Wir wollen Gewerbe- und Wohngebiete nach diesem Konzept entwickeln. Alle Materialien von Gebäuden, Freiraum und Infrastrukturen werden so gewählt und eingesetzt, dass sie den technischen oder biosphärischen Kreislauf unterstützen. Zentrale Bausteine sind die Erzeugung von erneuerbaren Energien vor Ort, Wasser im Kreislauf zu halten, Wasserstoff und Wärme nutzen, statt in die Atmosphäre zu geben und die Menschen zu beteiligen, die im Gebiet leben und arbeiten. Solche Zukunftsparks sind in unsere natürliche Umgebung integriert, Natur und Menschen sind Nützlinge füreinander.

Wir fördern aktiv die Gründung junger Unternehmen, die kreativ, innovativ, umweltbewusst und digital arbeiten – Mitbestimmung, Arbeitnehmer- und Familienfreundlichkeit sind Grundvoraussetzungen. Wir brauchen innovative Impulse, um unsere Stadt als Spitzencluster „Industrielle Innovationen“ zu entwickeln. Die Vernetzung der großen Industrieunternehmen untereinander und mit innovativen Mittelstands- und Jungunternehmen muss vorangetrieben werden, um wirtschaftlichen Erfolg, Umweltschutz und Nutzung von neuen Energiequellen miteinander voranzubringen. Mülheim an der Ruhr kann zur Wasserstoffstadt Nummer „1“ in Deutschland werden.

Aus diesem Grund ist die produktive Zusammenarbeit zwischen der Hochschule Ruhr West, den Max-Planck-Instituten, dem IWW Zentrum Wasser und Forschungseinrichtungen in der Umgebung und Mülheimer Unternehmen in einem Innovationszentrum unabdingbar.

Mobilität, Wohnen und Energie – Positiv sein!

Unser Ziel ist, dass die meisten Mülheimer*innen im Jahr 2030 bereitwillig und gerne auf das Auto verzichten können - weil wir es können und wollen. Wir sind unterwegs zu Fuß, auf dem Rad, im Wasserstoffbus, in der Bahn oder mit innovativen Mobilitätsdienstleistern. Die Mobilitätsangebote sind aufeinander abgestimmt, Mobilitätshierarchien werden aufgebrochen.

Unser Strom wird im Jahr 2040 zu 100 Prozent aus regenerativen Energien stammen und unsere Produkte werden zu 100 Prozent mit regenerativen Energien hergestellt. Unsere Stadt wird klima- und energie-POSITIV sein!

Wir bauen und sanieren gesund - Wir hinterlassen den positiven Fußabdruck. Dies erreichen wir durch eine flächendeckende energetische Sanierung alter Gebäudebestände, egal ob Gewerbe, Privathaushalte oder städtische Immobilien. Die Materialien entsprechen den „Cradle to Cradle“-Kriterien. Der Ausbau des Nahwärmenetzes aus Kraft-Wärme-Kopplung, die Nutzung von Wärmepumpen, Sonnenenergie und kleinen Blockheizkraftwerken wird die CO₂-Bilanz deutlich verbessern. Hierbei müssen die Stadt, Land, Bund und ihre Tochterunternehmen aktiv mitgestalten – sowohl mit Wissen als auch mit Dienstleistungen.

Bildung – Die neue Mülheimer Denkschule

Wir möchten unsere Fähigkeiten als kreative Wesen nutzen, um positiv für Mensch und Umwelt zu handeln. Dafür bedarf es der entsprechenden Bildung. In den Schulen und Kindergärten, aber auch in der außerschulischen Bildung, der Erwachsenenbildung und jeglicher Berufsausbildung wollen wir die kulturelle Bildung vom Beginn der Bildungskette fördern und das Verständnis für die neue Mülheimer Denkschule von „Cradle to Cradle“ selbstverständlich machen. Dieser Wert wird in Mülheim an der Ruhr fester Bestandteil des Lehrplans und Fortbildungen in der Verwaltung. Wir fördern neue Modelle des Lernens.

Wir wollen die Digitalisierung der Bildung positiv und ressourcenschonend zur Verbreitung der „Cradle to Cradle“-Philosophie nutzen. Die Arbeits- und Schulwelt wird zunehmend digital. Wir wollen die notwendigen Strukturen fördern, um die Erwachsenen- und Schulbildung auf den Wandel der Arbeitswelt auszurichten.

Beschluss B2

Antrag: Transparenz und gute Zusammenarbeit

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit allen Untergliederungen unter Prüfung rechtlicher und satzungsrelevanter Aspekte ein Positionspapier zur Umsetzung des einstimmigen Parteitagsbeschlusses „B2“ vom 28. September 2019 mit dem Ziel der Konsensbildung zum Unterbezirksparteitag am 14. März 2020 vorzubereiten. Grundzüge eines Personalentwicklungskonzeptes bis 2025 sollen Berücksichtigung finden.

Beschluss B3

Antrag: Klima in Notlage! - Aktionsplan Klimagerechtigkeit statt Notstandsgesetz!

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Das Klima ist Patient auf der Intensivstation und wir müssen es heilen! Die Mülheimer SPD bekennt sich zur konsequenten Bekämpfung des Klimawandels und seiner ökologischen sowie sozialen Folgen mit dringlichster Priorität im kommunalpolitischen Handeln.

Wir fordern konkrete Maßnahmen von der Stadtverwaltung und dem Regionalverband Ruhr ein – anstatt der Verfassung symbolischer Appelle. Die Stadt verpflichtet sich bis 2040 klima-POSITIV zu werden, also mehr CO₂ durch die Förderung neuer Technologien und Schaffung von ökologisch wertvollen Gebäuden und Flächen eingespart wird als die Stadt verbraucht. Dies bedeutet die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien.

Bei sämtlichen kommunalpolitischen Entscheidungen prüft die Stadt Auswirkungen auf Ökologie, Klima und das soziale Umfeld. Sollten negative Auswirkungen analysiert werden, so verpflichtet sich die Stadt zu positiven Ausgleichsmaßnahmen, die explizit vor einer Entscheidung dargestellt werden. Die Auswirkung auf die Gesundheit von Menschen und die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit anhand von Klima- und Umweltaspekten (Hitze, Lärm, Feinstaub, etc.) ist ausdrücklich darzustellen.

Die Stadt stellt einen „Ganzheitlichen Aktionsplan Klimagerechtigkeit“ auf, der folgende Aspekte beinhaltet:

- Ganzheitliches Mobilitätskonzept mit Bevorzugung von emissionschonenden und -freien Verkehrsmitteln
- Energetische Stadtsanierung > Ressourcen- und energieeffiziente Quartiersentwicklung, „Innovation City Roll out“ fortsetzen
- Ziel: Klima- und Energie-positive Stadt bis 2040
- Wohn-, Grün-, Industrie- und Gewerbeflächen nach dem Prinzip „Cradle to Cradle“ entwickeln
- IGA 2027 konsequent fördern
- Bürger durch Anleihen beteiligen
- Hausgeärte-Contracting

- Lärmschutzprogramm
- Fairtrade Town
- Konzept „Nährstoffe für neue Produkte und Prozesse“
- Stadtentwicklungsprogramm „Urbanes Grün“
 - Aufforstungsprogramm
 - Bienen- und Insektenschutzprogramm
 - Steinvorgärten verbieten
 - Dach-, Fassaden-, Haltestellen-, Straßen- und Sitzbankbegrünungs-Programm

Das Ziel ist, Mülheim an der Ruhr zur grünsten und ökologisch-positivsten Stadt bis 2030 nach dem „Normalized Difference Vegetation Index“ (NDVI) zu entwickeln.

Wir lehnen daher den Begriff „Klimanotstand“ ab, weil dieser – in Erinnerung an die „Notstandsgesetze“ – die Rechtfertigung zum Abbau demokratischer Instrumente und Prozesse suggerieren kann. Wir stehen daher – wie bereits der Berliner Senat – zur „Klimanotlage“. Die Säulen unserer Demokratie lassen wir durch kein Thema und keine Priorisierung in der Gesellschaft erschüttern.

Beschluss B4

Antrag: Bollwerk gegen Rechts – Unvereinbarkeitsbeschluss zu AfD/BAMH und anderen Völkischen

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Der kommunalpolitische Parteitag der SPD-Mülheim an der Ruhr fordert die SPD-Fraktion Mülheim an der Ruhr auf, folgende unten kenntlich gemachten Änderungen und Ergänzungen als Änderungsantrag zur Beschlussvorlage Nr.: V 20 /0004-01 in die Ratssitzung am 13.02.2020 einzubringen. Der entsprechende Antrag soll möglichst schon am Montag den 10.02.2020 den anderen Fraktionen im Rat der Stadt zur Kenntnis geschickt werden.

Beschluss B5

Antrag: Fortführung des Flughafens Essen/ Mülheim

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Der kommunalpolitische Parteitag der SPD-Mülheim an der Ruhr fordert die SPD-Fraktion Mülheim an der Ruhr auf, folgende unten kenntlich gemachten Änderungen und Ergänzungen als Änderungsantrag zur Beschlussvorlage Nr.: V 20 /0004-01 in die Ratssitzung am 13.02.2020 einzubringen. Der entsprechende Antrag soll möglichst schon am Montag den 10.02.2020 den anderen Fraktionen im Rat der Stadt zur Kenntnis geschickt werden.

Der Flughafen Essen/Mülheim wird bis einschließlich 2034 als nicht kontrollierter Verkehrslandeplatz nach Sichtflugregeln weiterbetrieben.

Über den Weiterbetrieb des Flughafens Essen/Mülheim über das Jahr 2034 hinaus wird unter Berücksichtigung von städtebaulichen, ökologischen und Eckpunkten in den kommenden Jahren entschieden.

Die Verwaltung der Stadt Mülheim und die Geschäftsführung der Flughafen Essen/Mülheim GmbH werden angewiesen, den Flugbetrieb unter Beibehaltung der jetzigen Genehmigungssituation und unter Berücksichtigung ökologischer Innovationen weiterzuentwickeln. Auch die Nutzung der vorhandenen Liegenschaften an der Brunshofstraße soll unter innovativer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Sicht geprüft und ggf. erweitert werden.

Die Verwaltung der Stadt wird ermächtigt, den bestehenden Erbbaurechtsvertrag zwischen der Firma WDL Luftschiffgesellschaft mbH (WDL) und der Stadt Mülheim bis zum 31.12.2034 zu verlängern.

Der Erbbaurechtsvertrag mit der WDL und der Stadt Mülheim ist dergestalt zu überarbeiten/erweitern, dass der WDL – unter der Bedingung einer Investition an diesem Standort – die Möglichkeit eröffnet wird, über das Jahr 2034 hinaus, langfristig an diesem Standort zu verbleiben. Dies kann durch eine deutliche Verlängerung des Erbbaurechts erfolgen. Die monetären Eckwerte einer solchen Vereinbarung orientieren sich an den Richtwerten des städtischen Gutachterausschusses.

Bei allen Entscheidungen betreffend des Flugbetriebs und einer eventuellen anderweitigen Nutzung der Liegenschaften an der Brunshofstraße sind der Lärm- und Naturschutz zu berücksichtigen.

Unabhängig von der Beschlusslage des Rates der Stadt Mülheim zu den Punkten 1) bis 6) erhält die Verwaltung der Stadt Mülheim den Auftrag, die

Verwaltung der Stadt Essen in der Information zu halten und bei Bedarf zu unterstützen, damit eine Einbindung und Abstimmung mit dem Partner Stadt Essen erfolgen kann, sofern diese notwendig ist.

Die Verwaltung der Stadt Mülheim wird angewiesen, die notwendigen Schritte zur Realisierung der Beschlüsse unter den Punkten 1) bis 7) umzusetzen und den Rat der Stadt Mülheim über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen halbjährlich zu informieren.

Beschluss B6

Antrag: Delegiertenschlüssel zum Unterbezirksparteitag: Delegierte für die AfA

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Die Anzahl der Delegierten der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen wird auf zwei Delegierte festgelegt.

